



# Fortschritt braucht Mut

Mit Klimaneutralität Deutschland  
zukunftsfähig machen

# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b> .....	03 – 04
<b>Modernisierungspaket für eine resiliente, wettbewerbsfähige &amp; klimaneutrale Wirtschaft...</b>	05 – 06
<b>Mit Erneuerbaren Energien Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit sichern</b> .....	07 – 10
Ein Booster für die Freiheitsenergien .....	07 – 08
Zugang zu günstiger, Erneuerbarer Energie.....	09 – 10
<i>Ein Paket für den Wasserstoffhochlauf</i> .....	10
<b>Grüne Leitmärkte vorantreiben</b> .....	11 – 13
Zertifizierung und Standards als Grundvoraussetzung für funktionierende Leitmärkte.....	11 – 12
Öffentliche Beschaffung und steuerliche Entlastungen auf grüne Leitmärkte ausrichten .....	12
<i>Klimaneutrale Leitmärkte im Verkehrs- und Gebäudesektor schaffen</i> .....	13
<b>Kapital und Rohstoffe als Motor der Transformation</b> .....	14 – 15
Kapital- und Betriebskosten für die Transformation senken .....	14 – 15
Verfügbarkeit von Roh- und Grundstoffen sichern.....	15
<b>Klimaneutralität und Resilienz europäisch denken</b> .....	16 – 18
Europäische Wertschöpfungsketten stärken.....	16 – 17
Deutschland als Drehscheibe eines klimaneutralen Europas stärken.....	17 – 18
<b>Impressum</b> .....	19

# Editorial

# Liebe Leser:innen,

es sind bewegte Zeiten, in denen die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft gestellt werden müssen. Die geopolitische und wirtschaftliche Lage ist herausfordernd wie lange nicht. In diesem Umfeld hat sich die Ampelkoalition zum Ziel gesetzt, die größte industrielle Transformation seit über 100 Jahren umzusetzen.

Viele kleine Schritte sind unternommen worden. Doch große Sprünge, die eine umfassende Modernisierung Deutschlands mit einem klaren Pfad zur Klimaneutralität verbinden, fehlen. Das Rennen um klimaneutrale Technologien und Märkte ist eröffnet und die internationale Konkurrenz legt ein beeindruckendes Tempo vor. Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit bedingen einander. Europa und insbesondere Deutschland tun gut daran, sich auf die eigene Innovationskraft zu besinnen. Blockaden müssen jetzt gelöst werden und Klimaschutz nicht gegen, sondern als zentrales Element der Modernisierung angegangen werden.

Die Stiftung KlimaWirtschaft zeigt in diesem Papier Lösungsansätze für vier Handlungsfelder auf, um den Weg für ein zukunftsfestes, klimaneutrales Deutschland zu bereiten.

- » **Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist der Schlüssel für wettbewerbsfähige Energiepreise.** Bis Kapazitäten ausreichend installiert sind, bedarf es zeitlich begrenzter Förderinstrumente, um Transformationsbestrebungen in Unternehmen zu begleiten.
- » Klimaneutralen Produkten muss durch eine **klare Rahmensetzung und staatliche Anreize der Durchbruch in Leitmärkten** gelingen. So werden sie zu selbsttragenden Geschäftsmodellen.
- » **Das Investitionsklima und das Zusammenspiel mit staatlichen Förderprogrammen**, um unternehmerische Transformation zu ermöglichen, müssen optimiert werden.
- » **Die Transformation der deutschen Wirtschaft kann nur im europäischen Verbund** gelingen. Dies betrifft die Ausgestaltung des gemeinsamen Marktes und wirtschaftspolitischer Instrumente, sowie die Vernetzung der Infrastruktur eines klimaneutralen Kontinents Europa.

Fortschritt durch Klimaschutz. Das muss das Narrativ unserer Zeit sein. Die Wirtschaft steht zu den Klimazielen und ist bereit, ihren Beitrag zu leisten. Die Aufgaben für die selbst benannte Fortschrittskoalition sind groß und drängend. Sie jetzt gemeinsam anzupacken, mit Mut und Entschlossenheit, muss die Aufgabe sein.

Zunächst wünsche ich Ihnen aber viel Spaß beim Lesen!

**Sabine Nallinger**  
Vorständin, Stiftung KlimaWirtschaft



**Sabine Nallinger**  
Vorständin, Stiftung KlimaWirtschaft

# Modernisierungspaket für eine resiliente, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft

Das Rennen um Schlüsseltechnologien für eine klimaneutrale Wirtschaft hat längst begonnen. Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft ist die Voraussetzung für Fortschritt und Wohlstand in Deutschland geworden. Wir laufen jedoch Gefahr in Deutschland und Europa gegenüber China und den USA ins Hintertreffen zu geraten, wenn wir nicht entschlossen, pragmatisch und schnell handeln. Technologien zur Transformation der Wirtschaft und zum Erreichen der Klimaneutralität versprechen zum Geschäftsmodell der kommenden Dekaden zu werden. Wenn industrielle Wertschöpfung weiter in Europa stattfinden soll, können wir uns weder einen Aufschub noch widersprüchliche politische Signale leisten.

Gleichzeitig hat der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine die europäische Sicherheitsarchitektur in ihren Grundfesten erschüttert. Er hat aber auch die Gefahren deutlich gemacht, die übermäßige Importabhängigkeiten von autokratischen Staaten bei Rohstoffen und Schlüsseltechnologien mit sich bringen können. 2022 hat Deutschland mit beeindruckender Geschwindigkeit seine Abhängigkeit von fossilen Rohstoffimporten aus Russland beendet. Aber Flüssiggas (LNG) wird die hinterlassene Lücke zumindest kostenseitig nicht vollständig schließen können.

**Mit der „Zeitenwende“ ist deutlich geworden:** Erneuerbare Energien sind nicht nur ökologisch, sondern auch politisch und ökonomisch die beste Option. Der Ausbau hat somit höchste Priorität. Jetzt muss mit aller Kraft die Energiewende vorangetrieben werden, um langfristig eine resiliente und wettbewerbsfähige Energieversorgung zu ermöglichen.

Die Stiftung KlimaWirtschaft hat in Hintergrundgesprächen und Workshops mit Unternehmen und Expert:innen aus Politik und Wissenschaft für vier Handlungsfelder Lösungsansätze entwickelt, um sektorübergreifend die Transformation des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu beschleunigen.

### **1. Mit Erneuerbaren Energien Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit sichern**

### **2. Grüne Leitmärkte vorantreiben**

### **3. Kapital und Rohstoffe als Motor der Transformation**

### **4. Klimaneutralität und Resilienz europäisch denken**

Das Paket von Lösungsansätzen hat die Gestaltung einer zukunfts-festen und resilienten deutschen Wirtschaft mit dem Ziel der Klimaneutralität im Zentrum. Dabei wurde vor allem deutlich:

Wir brauchen mehr Tempo und Pragmatismus!

# Mit Erneuerbaren Energien Resilienz und Wettbewerbs- fähigkeit sichern

## Ein Booster für die Freiheitsenergien

Obwohl die Bundesregierung im vergangenen Jahr bereits wichtige Reformen angestoßen hat, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen, hängen wir den selbstgesteckten Ausbauzielen hinterher. Damit Erneuerbare Energien zügig teure fossile Energien aus dem Markt verdrängen und somit Preise senken, müssen die folgenden Maßnahmen angegangen werden:

- » **Flächen für PV- und Windenergie schneller ausweisen:** Das Wind-an-Land Gesetz sieht vor, dass die Länder bis Ende 2032 zwei Prozent (1,4 % bis Ende 2027) ihrer Fläche für Windkraft ausweisen müssen. Die Länder müssen jetzt liefern und sich zu einem deutlich früheren Zieldatum bekennen. Die Novelle des Raumordnungsgesetzes schafft zudem nun eine Grundlage, um Verfahren auf bereits ausgewiesenen Flächen deutlich zu beschleunigen. Analog muss der Bau von PV-Anlagen, insbesondere für unternehmenseigene Flächen, maximal vereinfacht werden. Mit den Go-to-Gebieten hat die EU einen weiteren wichtigen Baustein für einen zügigen Ausbau der Wind- und PV-Energie ermöglicht. Bis Ende 2023 müssen Go-to-Gebiete in Deutschland ausgewiesen werden.
- » **Staatliche Garantieinstrumente etablieren:** Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette für Erneuerbare Energien brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, um ihre Produktions-

kapazitäten deutlich zu skalieren. Dies muss der Bund Mithilfe von staatlichen Garantieinstrumenten gewährleisten. Neben Garantien für produzierende Unternehmen sollte auch ein Garantieinstrument über die KfW oder Landesförderbanken für Projektplanungen und Projektgesellschaften in Go-to-Gebieten aufgesetzt werden. Diese sollte Projektierern den Anreiz geben, in Vorleistung zu gehen um, neue Projekte schon während der laufenden Genehmigungsprozesse zu planen und die dafür notwendige Finanzierung attraktiv zu gestalten.

- » **Deutschlandtempo für Offshore-Windparks:** Das Wind-auf-See Gesetz hat die strategische Bedeutung der Offshore-Windenergie für den Energiemix einer klimaneutralen deutschen Wirtschaft bereits deutlich gemacht. Neben einer zentralen Rolle für Power-Purchase Agreements (PPAs) ist Offshore-Windenergie auch als stabiler Anker (hohe Anzahl an Volllaststunden) einer Erneuerbaren Energieversorgung und für den nachgelagerten Hochlauf einer Wasserstoff-Wirtschaft entscheidend. Insbesondere der Netzausbau ist dabei entscheidend. Das Ziel muss ein Deutschlandtempo beim Bau von Offshore-Windparks und der Vernetzung, analog zur LNG-Infrastruktur sein.
- » **Netzausbau vorantreiben:** Die Energiewende braucht einen deutlich schnelleren Ausbau der Stromnetze. Der Netzentwicklungsplan (NEP) muss schnellstmöglich als Planungsvorlage für den Netzausbau beschlossen werden und mit einem Gesetzespaket zur Beschleunigung und Finanzierung begleitet werden. Dabei muss der Ausbau mit einer Digitalisierung der Netze (smart grid) einhergehen. Es braucht Standards und Normen, um die Kommunikationsbedarfe im Stromnetz und die komplexen Wechselwirkungen der Erneuerbaren Energien zu optimieren.
- » **Pragmatisch digitalisieren und „Can-do Spirit“ in der Verwaltung ermöglichen:** Bilder mit 36 Aktenordnern für Genehmigungs- und Planungsverfahren müssen der Vergangenheit angehören. Ziel muss es sein, Genehmigungsverfahren auf maximal ein Jahr zu straffen. Eine Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) sollte Genehmigungen dazu verschlanken und deren Anforderungen klar regeln.

1. Analog zum Portal zum Beantragen von Überbrückungshilfen sollte in den nächsten sechs Monaten ein zentrales Portal zum Einreichen von Projektanträge für Erneuerbare Energien eingerichtet werden.

---

2. Ein „Can-do Spirit“ in den Behörden muss ermutigt und aktiv eingefordert werden, etwa durch einen besseren Schutz für Sachbearbeiter:innen und Beamt:innen vor negativen Karriereperspektiven durch mögliche Verfahrensklagen.

---

3. Die Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien muss auch in den Verwaltungen ankommen. Es braucht mehr Personal in den Behörden und Gerichten, um Verfahren schneller abzuschließen und den rechtssicheren Ausbau ermöglichen zu können.

---

4. Bei Ausbleiben einer Bearbeitung durch eine Behörde innerhalb einer dreimonatigen Frist muss eine Genehmigungsfiktion greifen.

---



## Zugang zu günstiger, Erneuerbarer Energie

Die Kernbedingung für das Gelingen der Transformation für Unternehmen ist der Zugang zu grüner und bezahlbarer Energie. Allerdings sind Unternehmen aufgrund der aktuellen politischen Lage, aber auch als Begleiterscheinung der Transformation des Energiesystems, mit starken Preisfluktuationen fossiler Energieträger konfrontiert. Ziel muss es sein, einen fairen Preiskorridor aufzubauen, der Planungssicherheit für die Transformation ermöglicht, aber auch Anreize für flexible Nachfrage und Energieeffizienzmaßnahmen aufrechterhält.

» **Ein zeitlich begrenzter Transformationsstrompreis:** Um Unternehmen im internationalen Wettbewerb in der gegenwärtigen Lage wettbewerbsfähig zu halten, müssen Stromkosten auf absehbare Zeit gesenkt werden. Damit ein geförderter Strompreis die Transformation vorantreibt, muss er jedoch folgende Kriterien erfüllen:

1. Die Förderung eines Strompreises für die Industrie darf nicht zu einer Ausbremsung des Ausbaus Erneuerbarer Energien führen und Flexibilisierungsanreize dämpfen. Der Strompreis darf nicht durch Eingriffe in den Großhandel erzielt werden, sondern muss direkt bei den Begünstigten ansetzen.

2. Es bedarf einer klaren zeitlichen Begrenzung der Förderung, bis genügend Strom aus Erneuerbaren Energien teure, fossile Energieträger aus dem Markt verdrängt hat. Damit ist zu rechnen, sobald ca. 80 Prozent des Stroms erneuerbar sind – also nach den Zielen der Bundesregierung im Jahr 2030. Konkret sollte die Förderung zeitlich begrenzt sein und regelmäßig überprüft werden.

3. Der Transformationsstrompreis sollte sich in einem atmenden Preiskorridor bewegen, innerhalb dessen Fluktuationen in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage möglich sind. So bleiben Anreize für Energieeffizienz und Flexibilisierung der Nachfrage erhalten.

4. Abnehmende Unternehmen müssen Auflagen erfüllen, wie etwa die Elektrifizierung von Produktionsprozessen, Investitionen in die eigene Klimaneutralität oder die Umsetzung konkreter Emissionsreduktionspfade. Ein geförderter Strompreis darf nicht mit der Gießkanne konzipiert sein und sollte auf stromkostenintensive Wirtschaftszweige beschränkt sein.

» **Contracts for Difference (CfD) als preisbildendes Instrument:** In der Debatte zur Reform des Strommarktdesigns spielen Differenzverträge eine wichtige Rolle. Ziel muss ein stabiler Preiskorridor sein, in dem Fluktuationen möglich sind. Dabei gilt aus Perspektive der Stiftung KlimaWirtschaft, dass solche Verträge ein marktlich basiertes System nicht konterkarieren. Ein mögliches CfD-Modell muss so ausgestaltet sein, dass sich die Erneuerbaren Energien möglichst marktgerecht verhalten (kein “produce and forget”). Entscheidend ist dabei, dass die Option für ungebundene, marktorientierte Projekte möglich bleibt. Differenzverträge sollten zweiseitig gestaltet werden, um Übergewinne und Verluste seitens der Energieerzeuger zu minimieren.

- » **Power Purchase Agreements (PPAs) stärken:** Langfristige Verträge für abnehmende Unternehmen unterstützen dabei, Energiekosten planbar zu halten. Allerdings sind PPAs komplexe Instrumente und mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Ein wichtiger Punkt ist die Frage nach finanziellen Sicherheiten zur Absicherung. Hier sollte die Bundesregierung ein Garantieinstrument einführen, welches beispielsweise Ausfallrisiken minimiert, um die Attraktivität von PPAs zu erhöhen. Darüber hinaus sollte ein verbindlicher Rechtsrahmen und die staatliche Unterstützung von Konsortien den Abschluss von PPAs für mittelständische, energieintensive Unternehmen erleichtern, etwa durch das Pooling von kleinen Akteuren.
- » **Flexibilisierung von Netzentgelten und Abgaben:** Ein auf Erneuerbaren Energien basierender Markt muss Flexibilität in der Nachfrage belohnen, um Spitzenlasten zu minimieren. Die Stromnetzentgeltverordnung erfüllt diesen Zweck gegenwärtig nicht. Eine Reform ist dringend notwendig und könnte ohne größere strukturelle Eingriffe in den Markt schnell Wirkung erzeugen. Der staatlich steuerbare Anteil der Energiekosten sollte durch eine Reform des Systems von Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energie schnellstmöglich begrenzt werden. Die Reform sollte sich an der CO<sub>2</sub>-Intensität der Energieträger orientieren und klar den Ausbau der Erneuerbaren Energien anreizen.
- » **Kapitalkosten senken:** Erneuerbare Energien und der Ausbau der Batterie- und Wasserstoff-Industrie sind kapitalintensiv. Steigende Zinskosten bremsen den Ausbau von Wind- und PV-Anlagen. Um Kapitalkosten strukturell zu verringern, könnten die KfW und die Landesförderbanken durch Garantiemechanismen gemeinsam mit kommerziellen Banken den Zinssatz für Kredite für den Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich senken. Dies würde auch die langfristigen Erzeugungskosten spürbar dämpfen. Die bereits erfolgte Anhebung der Höchstsätze bei Ausschreibungen ist zu begrüßen und sollte Ende 2023 überprüft werden.

## Ein Paket für den Wasserstoffhochlauf

**Grüner Wasserstoff** ist eine Voraussetzung für die Transformation der Industrie. Es braucht dafür einen klaren und pragmatischen Rahmen. Die Ergänzung der Wasserstoffstrategie muss einige Eckpunkte setzen:

- » Eine szenarienbasierte Prognose für den Wasserstoffbedarf in Deutschland anhand von Sektoren.
- » Einen gesetzlichen und finanziellen Rahmen auf Bundesebene, der den Aufbau einer Infrastruktur für Wasserstoff unter Berücksichtigung aller Verkehrsträger schnell und effizient ermöglicht und klimafreundliche Transportwege priorisiert.
- » Anhand des delegierten Rechtsaktes der Europäischen Union eine pragmatische Zertifizierung von Wasserstoff etablieren.
- » Prioritären Anschluss energieintensiver Industriecluster mit hohem Potenzial zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen an das Wasserstoffnetz unter Anwendung von Planungs- und Genehmigungsprozessen analog zur Umsetzung beim Aufbau der Flüssiggasinfrastruktur.
- » Ein einfacher Förderrahmen für die Produktion von Wasserstoff.
- » Die Rahmensetzung für internationale Wasserstoffmärkte vorantreiben.\*

\* Hier haben die Stiftung KlimaWirtschaft und Germanwatch e. V. [Empfehlungen](#) erarbeitet.



# Grüne Leitmärkte vorantreiben

## Zertifizierung und Standards als Grundvoraussetzung für funktionierende Leitmärkte

Der Aufbau klimaneutraler Leitmärkte ist insbesondere auch davon abhängig, dass Verbraucher:innen sich auf eine klimaneutrale Herstellung glaubhaft verlassen können. Dazu braucht es einen klaren gesetzlichen Rahmen, der vorgibt, unter welchen Voraussetzungen Produkte als *grün* oder *klimaneutral* angeboten werden dürfen.

- » **Definitionen für grüne Energie:** Höchste Priorität hat die Standardisierung von grünem Strom und grünem Wasserstoff als zentrale Bausteine der klimaneutralen Wertschöpfungskette. Wichtig ist hierbei, dass der Markthochlauf einer grünen Wasserstoffproduktion in den nächsten 5 Jahren nicht durch zu strenge Kriterien und Detailregelungen ausgebremst wird.
- » **Eckpunkte für grüne Grundstoffe:** Neben der Standardisierung von grüner Energie ist die Zertifizierung für grüne Grundstoffe wie Stahl, Zement, Kupfer oder chemische Grundstoffe von grundsätzlicher Bedeutung, um Wertschöpfungsketten ganzheitlich klimaneutral zu gestalten. Der von der Bundesregierung im Rahmen der G7 Präsidentschaft 2022 ins Leben gerufene Klimaclub ist eine wichtige Initiative, um internationale Standards und Zertifizierungen für grüne Industrieprodukte zu etablieren und damit ein „Level Playing Field“ zu ermöglichen. Hier braucht es nun zügig konkrete Schritte der Umsetzung.

- » **Eine verantwortungsvolle Carbon Management Strategie:** Um Produktionsprozesse mit unvermeidbaren Restemissionen klimaneutral in Europa gestalten zu können, muss der Einsatz von Abscheidungs-technologien wie CCS und CCU befähigt werden. Dazu bedarf es einer klaren Rahmensetzung, die alle Akteure mit einbezieht. Die Carbon Management Strategie der Bundesregierung muss im Dialog mit Gesellschaft und Industrie entwickelt werden. Sie muss eine Infrastrukturplanung ermöglichen und langfristig Planungssicherheit für Investitionen bieten.

## **Öffentliche Beschaffung und steuerliche Entlastungen auf grüne Leitmärkte ausrichten**

Sowohl steuerliche Anreize und Entlastungen als auch die öffentliche Beschaffung müssen als Instrumente für eine schnelle Transformation begriffen und angepasst werden. Gleichzeitig bieten diese Reformen die Chance, ohne zusätzliche staatliche Ausgaben Transformationsbeschleuniger zu sein.

- » **Eine gemeinsame Beschaffungsstrategie für Bund, Länder und Kommunen:** Die öffentliche Beschaffung macht in Deutschland rund 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam eine Vereinheitlichung von Beschaffungsregeln vorantreiben, um den Hochlauf von grünen Leitmärkten zu ermöglichen. Es braucht einen klaren Kriterienkatalog, wie grüne Produkte im Beschaffungswesen gestärkt werden können. Zudem braucht es Schulungen für Personal auf Bund, Länder und Kommunalebene im modernen Vergaberecht, damit beispielsweise öffentliche Bauaufträge gemäß Nachhaltigkeitskriterien und nicht allein nach Preiskriterien vergeben werden. Dabei müssen Zielkonflikte mit Kostenfaktoren offen adressiert und ein potenzielles Spektrum akzeptabler Mehrkosten definiert werden. Hier sollten CO<sub>2</sub>-Schattenpreise in der Breite eingeführt werden.
- » **Klimaschädliche Subventionen abbauen und umlenken:** Das Umweltbundesamt hat errechnet, dass sich klimaschädliche Subventionen in Deutschland jährlich auf 65 Milliarden Euro belaufen. Wie im Koalitionsvertrag bereits vorgesehen, muss die Bundesregierung schnellstmöglich einen Fahrplan vorlegen, wie klimaschädliche Subventionen definiert und sozialverträglich schnellstmöglich reformiert werden können. Diese liegen insbesondere in der Reform von mobilitätsbezogenen Subventionen (siehe nächste Seite).

# Klimaneutrale Leitmärkte im Verkehrs- und Gebäudesektor schaffen

Um die Sektorziele für den Klimaschutz im Verkehrs- und Gebäudesektor zu erreichen, müssen jetzt konsequent die Weichen für eine schnelle, sozialverträgliche und effiziente Wende gestellt werden. Dabei muss der Staat den gesamten Instrumentenkasten nutzen, um die Rahmenbedingungen zu optimieren und Planungssicherheit für Industrie, Verbraucher:innen und den Hochlauf neuer Märkte zu gewährleisten.

## Rahmensetzung zu Transformation im Gebäudesektor:

- » Die Zielvorgabe von 65 Prozent Erneuerbare Energie ab 2024 muss zügig im Gebäude-Energie-Gesetz (GEG) verankert werden, um frühzeitig Planungssicherheit für die Industrie, das Handwerk, die Immobilienwirtschaft, Verbraucher:innen und Wohnungseigentümer:innen zu schaffen. Um die Wärmewende ganzheitlich anzupacken, sollte die Reform des GEG gemeinsam mit dem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung erfolgen.
- » Die GEG Reform muss als Ziel haben, Bestandssanierung zum Business-Case zu machen, mit einer sozial-verträglichen Einbindung von Wohneigentümer:innen und Mieter:innen nach dem Grundprinzip des „Förderns und Forderns“.
- » Die 16 landeseigenen Bauordnungen bremsen das schnelle Umsetzen von Sanierungsmaßnahmen aus. Im föderalen System gilt es, einen vereinfachten regulatorischen Rechtsrahmen zu schaffen, der Effizienzgewinne im Gebäudesektor, etwa durch serielle Sanierung, in die Fläche bringt.
- » Das für Antragssteller:innen kaum nachvollziehbare Dickicht aus ca. 1400 Förderprogrammen im Gebäudesektor muss vereinheitlicht und stärker verzahnt werden, um eine größere Wirkung zu entfalten und Komplexität zu reduzieren. Es braucht eine One-Stop-Shop-Lösung, die motiviert, Sanierungsvorhaben umzusetzen.
- » Es braucht eine verbindliche, kommunale Wärmeplanung, um klimaneutrale Fernwärme für dicht bebaute Quartiere schnell und pragmatisch zu ermöglichen.
- » Angaben und strenge Zielvorgaben für die grauen Kohlenstoffemissionen von Gebäuden fördern die Verwendung kohlenstoffarmer und zirkulärer Baumaterialien. Die überarbeitete europäische Richtlinie über die Gesamteffizienz von Gebäuden (EPBD) ist ein erster Schritt in diese Richtung.

## Rahmensetzung zu Transformation im Verkehrssektor:

- » Bei Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sollten die eingesetzten Mittel prioritär klimafreundlichen Verkehrsträgern zugutekommen. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr muss ausgebaut und die Qualität verbessert werden, damit öffentliche Verkehrsmittel eine noch attraktivere Alternative zu individueller Mobilität werden. Ebenso braucht es eine Digitalisierungs- und Modernisierungsoffensive der Schiene zur Steigerung der Effizienz von Schienentransporten, um Emissionen zu vermeiden und die bestehende Infrastruktur besser zu nutzen.
- » Angesichts knapper Finanzierungsmittel, Fachkräftemangel und Materialengpässen braucht es eine klare Priorisierung im neuen Bundesverkehrswegeplan, der mehr Verkehr auf die Schiene bringt und bei der Straßeninfrastruktur ausbaut und digitalisiert, dem Erhalt und der Sanierung Vorrang gibt.
- » Das Ziel von 15 Mio. E-Autos im Markt muss durch eine ambitionierte Gestaltung von Emissionsstandards für 2025 und 2030 und die effiziente Förderung der Ladeinfrastruktur mit Fokussierung auf Netzanschlusskosten, Netzentgelte und der Ausweisung ausreichender Flächen untermauert werden. Durch konsequente Umstellung der Flotte im öffentlichen Dienst auf E-Mobilität muss ein Hochlauf eines Sekundärmarktes für E-Autos vorangetrieben und somit ein günstiger Einstieg in die E-Mobilität ermöglicht werden.
- » Steuerliche Vorteile für fossile Energieträger im Verkehr müssen abgebaut werden. Für Inlandsflüge sollte eine Besteuerung von Kerosin eingeführt und eine europaweite Besteuerung angestrebt werden. Der reduzierte Steuersatz für Diesel muss aufgehoben werden. Ebenso muss die Dienstwagenbesteuerung nach ökologischen Kriterien und die Einführung eines Bonus-Malus-Systems bei der Kfz-Steuer erfolgen.
- » Um ein klares Signal in der fortwährenden Energiekrise zu setzen sollte die Einführung eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen von 120 km/h umgesetzt werden um den Verbrauch von Treibstoff zu reduzieren und Energie effizienter zu nutzen.

# Kapital und Rohstoffe als Motor der Transformation

## Kapital- und Betriebskosten für die Transformation senken

Mit der Zinswende sind auch die Kapitalkosten für wichtige Transformationsinvestitionen gestiegen. Es braucht daher einen Finanzierungsrahmen von staatlicher Seite, der ernsthafte Transformationsbestrebungen von Unternehmen unterstützt. Dabei müssen Investitionen und Betriebskosten (CapEx und OpEx) zusammen gedacht werden.

- » **Finanzpolitik für die Transformation:** Die USA haben mit Tax Credits als Teil des Inflation Reduction Acts (IRA) ein unbürokratisches Förderinstrument geschaffen. Unter Berücksichtigung der europäischen Rahmenbedingungen muss die Bundesregierung die Einführung ähnlicher Instrumente für Schlüsseltechnologien in der Energie-, Wärme und Verkehrswende umsetzen. So könnten Investitionen in die Transformationen mit einer „Investitionsprämie“ gefördert werden. Daneben sollten die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Superabschreibungen für Investitionen, die einen klaren Beitrag zur Transformation von Unternehmen leisten zügig, umgesetzt werden.
- » **One-Stop-Shop für Förderprogramme einrichten:** Instrumente wie Carbon Contracts for Difference (CCfD) (Klimaschutzverträge) sind ein wichtiger Baustein, um die Förderung von Transformationsbestrebungen in Unternehmen um eine Betriebskostendimension zu ergänzen. Gleichzeitig gibt es bereits eine Vielzahl von Förderprogrammen auf Länder- und Bundesebene wie die „Klimaschutzinitiative Mittelstand“,

die es weiter auszuweiten gilt. Um Unternehmen die Orientierung im Förderdschungel Deutschland zu ermöglichen, müssen Bund und Länder einen gemeinsamen „One-Stop-Shop“ einrichten und mit Förderprogrammen und kommerziellen Investitionen verbinden. Ziel muss es sein, eine verbindliche und unbürokratische Anlaufstelle für Unternehmen zum Abrufen von Fördermitteln aufzubauen, die auch bei Genehmigungs- und Planungsverfahren unterstützen kann.

## **Verfügbarkeit von Roh- und Grundstoffen sichern**

Für die Transformation ist die Verfügbarkeit von Roh- und Grundstoffen von essenzieller Bedeutung. Dies umfasst neben den so genannten „seltene Erden“ auch Grundstoffe wie Kupfer oder Stahl. Hier gilt es seitens des Bundes ein Rahmenwerk mit Instrumenten zu entwickeln, das die Versorgung mit Roh- und Grundstoffen sicherstellt.

- » **Eine integrierte Rohstoffstrategie:** Die Rohstoffstrategie der Bundesregierung muss eng verzahnt werden mit Überlegungen zu einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) und den außenpolitischen Strategien zur Klima- und Chinapolitik. Im Zentrum der Strategie müssen insbesondere die Beschaffung von Materialien für die Energiewende und die Transformation von dafür kritischen, zukunftsfähigen Industriebereichen stehen. Neben Fragen zu Verpflichtungen zur Minumlagerung für besonders kritische Rohstoffe (seltene Erden) sollte auch das Potenzial einer europaweiten Rohstoffpolitik gehoben werden. Hier sind Synergien mit dem europäischen Critical Raw Materials Act und den European Strategic Partnerships sicherzustellen.
- » **Ungebundene Förderkredite (Klima-UKFs) schärfen:** Die UKFs sind ein wichtiges Förderinstrument, um Deutschlands Versorgung mit Rohstoffen zu sichern. Gleichzeitig bieten sie das Potential deutsche Arbeits- und Sicherheitsstandards von Beginn der Lieferkette an zu integrieren. Die Bundesregierung sollte einen „Fast-Track“ für die Genehmigung von UKFs, die für die Rohstoffversorgung zum Gelingen der Energiewende beitragen, einführen. Hierbei sollte auf der Empfehlung des Sustainable Finance Beirats aufgebaut werden. Ein ähnliches Instrument auf europäischer Ebene, etwa in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank, sollte geprüft werden.
- » **Rohstoffe effizient wiederverwenden und -verwerten:** Die Rohstoffknappheit hat auch zur Konsequenz, dass der Wiederverwertung und dem Rohstoffrecycling eine noch größere Bedeutung zugestanden werden. Es braucht einen rechtssicheren Rahmen zur Bereitstellung von Informationen zu verbauten Materialien und ihrer Kreislauffähigkeit im Rahmen eines digitalen Ressourcenpasses. Darüber hinaus bedarf es klarer Normen und Standards für den rechtssicheren Einsatz von Recyclingrohstoffen und -komponenten. Hierbei müssen Anforderungen an die Qualität der Sekundärrohstoffe mit den Hürden bei der Bereitstellung von Sekundärbaustoffen in Einklang gebracht werden. Ein besseres „Design for Recycling“ bei Produkten ist dabei Grundvoraussetzung für effizientes, klimaschonendes Recycling.

# Klimaneutralität und Resilienz **europäisch denken**

## **Europäische Wertschöpfungsketten stärken**

Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben gezeigt, dass Wertschöpfungsketten in Europa in Schlüsselbereichen der Industrie nachhaltig gestärkt und verlagert werden müssen, um Abhängigkeiten zu vermeiden. Hier gibt der Net-Zero Industry Act eine Erwartungshaltung vor. Insbesondere die Ziele zum Hochlauf europäischer Produktionskapazitäten für Wind- und PV-Energie sind zu begrüßen. Allerdings sollte das Ziel des Net-Zero Industry Acts eine ganzheitliche Betrachtung der industriellen Transformation in Europa sein, woran es derzeit noch fehlt. Es fehlt zudem ein Plan der EU, wie die Transformation der Industrie in Richtung Klimaneutralität finanziert werden soll. Es braucht jetzt eine schnelle Übereinkunft und Verabschiedung des Net-Zero Industry Act bis Ende des Jahres.

» **Eine Governance-Struktur für europäische, erneuerbare Wertschöpfungsketten:** Den Zielen des Net-Zero Industry Acts muss eine Struktur zugrunde liegen, die Aufgaben und Verantwortungsbereiche für die Umsetzung klar benennt. Denkbar wäre eine zentrale Stelle auf europäischer Ebene. Diese Stelle sollte vom Europäischen Rat mit einem breiten Mandat ausgestattet werden und auf europäische Finanzierungsinstrumente Zugriff haben. Vorbild dafür könnte das Organisationsprinzip der 1950 gegründeten *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)* sein – eine *Montanunion 2.0* für die europäische Energiewende.



» **Agiles Beihilferecht und europäische Finanzierung:** Die Vergabe und Genehmigung von Fördermitteln muss auf europäischer und nationaler Ebene massiv beschleunigt, entbürokratisiert und verschlankt werden. Im Rahmen des Net-Zero Industry Acts muss die Förderung von Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität deutlich vereinfacht werden. So sollten etwa industriepolitische Förderprogramme im Rahmen des Net-Zero Industry Acts nicht unter Kohäsionskriterien im Rahmen des EU-Beihilferecht fallen. Eine Anpassung des Temporary Crisis and Transition Framework (TCTF) muss erfolgen. Die Bundesregierung muss Instrumente entwickeln, die nicht die Integrität des EU-Binnenmarktes gefährden und kein Subventionsrennen befördern. Europäische Finanzierungsinstrumente wie die Important Projects of Common European Interest (IPCEIs) und der Innovationsfonds müssen deutlich einfacher und schneller in der Vergabe von Fördermitteln werden. Insgesamt sollte sich die EU auf bestehende Instrumente konzentrieren, anstatt neue zu entwickeln.

### **Deutschland als Drehscheibe eines klimaneutralen Europas stärken**

Deutschland ist geographisch betrachtet das verbindende Element zwischen Nord-, Süd-, Ost- und Westeuropa. Es ist daher umso entscheidender, dass Deutschland den Ausbau und die Instandhaltung seiner Transport- und Energieinfrastruktur auch mit Blick auf seine europäischen Partner plant und vorantreibt. Der Fachkräftemangel, Engpässe bei Materialien und begrenzte Budgets der öffentlichen Hand bedeuten, dass Prioritäten beim Ausbau und dem Erhalt der Infrastruktur gesetzt werden müssen.

» **LNG-Kapazitäten im europäischen Verbund planen:** Deutschland wird auf absehbare Zeit auf Flüssiggaslieferungen angewiesen sein. Der Aufbau der entsprechenden Infrastruktur ist notwendig und mit beeindruckender Geschwindigkeit erfolgt. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass unnötige Überkapazitäten und fossile Stranded Assets entstehen, die langfristig Kapital binden und Verwaltungs- wie auch materielle Ressourcen von dringenden Projekten abziehen. Der Aufbau der Infrastruktur in Deutschland muss eng mit den europäischen Partnern und Lieferanten geplant werden.

» **Transportwege im Transitland Deutschland:** Als Drehscheibe des europäischen Güter- und Warenverkehrs ist eine funktionierende und gut ausgebaute Infrastruktur für eine resiliente Wirtschaft in Deutschland und Europa unverzichtbar. Die Klimaziele im Verkehrssektor machen eine Verlagerung auf die Schiene unerlässlich. Es braucht eine klare Priorisierung für den Ausbau der Schieneninfrastruktur im neuen Bundesverkehrswegeplan. Eine hohe Bedeutung kommt auch die Digitalisierung der Schieneninfrastruktur zu, mit der die Leistungsfähigkeit des Netzes deutlich erhöht wird. Zudem braucht es ein europäisches Baustellenmanagement, um Streckensperrungen im grenzüberschreitenden Verkehr so gering wie möglich zu halten.

» **Ein europäisches Energienetz:** Der Standort Deutschland bleibt auf Erneuerbare Energien Importe aus dem europäischen Ausland und Drittstaaten angewiesen. Ziel ist es, die „Hardware“ für einen gesamt-europäischen, auf Erneuerbaren Energien fußendem Energiemarkt zu errichten. Innerdeutsche Projekte wie etwa SuedLink gilt es dabei mit höchster Priorität umzusetzen. Durch Vernetzung der Offshore Windparks der Nordsee-Anrainerstaaten kann die Resilienz und Effizienz eines gesamt-europäischen Offshore Windenergienetzes gehoben werden. Die PPA-Option aus dem *Wind-auf-See* Gesetz für Offshore-windparks sollte in Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarn ausgeweitet werden.



**Sabine Nallinger**  
Vorständin, Stiftung KlimaWirtschaft

„Wir brauchen dringend mehr Mut beim Klimaschutz. Fortschritt bedeutet Deutschland zu DEM Standort der Klimaneutralität zu machen. Das erfordert die Entschlossenheit, Entscheidungen zu treffen, zu priorisieren und Veränderung zu gestalten. Dazu schlagen wir ein Modernisierungspaket für eine resiliente, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft vor.“



# Impressum

## **Stiftung KlimaWirtschaft**

Linienstraße 139/140 – Ausgang B, 5. OG  
10115 Berlin

[klimawirtschaft.org](https://www.klimawirtschaft.org)

**Telefon:** +49 (0)30 – 2021 4320

**E-Mail:** [stiftung@klimawirtschaft.org](mailto:stiftung@klimawirtschaft.org)

**V.i.S.d.P:** Sabine Nallinger,  
Vorständin, Stiftung KlimaWirtschaft

## **Koordination und Mitarbeit:**

Johannes Schroeten, Martin Kaul,  
Kolja Zajicek, Ronja Busch, Christopher Engelmann,  
Martin Pfaffenbach

**Kontakt:** [johannes.schroeten@klimawirtschaft.org](mailto:johannes.schroeten@klimawirtschaft.org)

## **Design, Satz & Layout:**

Sabrina Blumenthal – Art Direktion & Grafik Design  
[sabrinablumenthal.com](https://www.sabrinablumenthal.com)

**Veröffentlicht:** April 2023